



*Bad Honnef, den 2. Mai 2006*

*Auf ihrer diesjährigen Bundesversammlung vom 28. bis 30. April hat die Katholische Landvolkbewegung (KLB) Deutschland ein Positionspapier zur Frage des möglichen Beitrages der Grünen Gentechnik zur Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit in Entwicklungsländern verabschiedet. Es ist das Ergebnis eines mehrjährigen Informationsauswertungs-, Reflexions- und Dialogprozesses innerhalb der KLB unter Einbeziehung von Partnern in Europa und aus Entwicklungsländern, das der Bundesvorsitzende der KLB und des Internationalen Ländlichen Entwicklungsdienstes (ILD), Hermann Kroll-Schlüter und der Geschäftsführer des ILD, Lothar Kleipaß, in 6 Punkten erläuterten:*

**1. Die Verbreitung von Hunger und Krankheit in der Welt resultiert aus einer Unausgewogenheit politischer wie ökonomischer Prozesse.**

Der technologische Fortschritt, besonders die Einführung von genmanipulierten Organismen, so genannter GVO's, kann diese Unausgewogenheit noch verschärfen. Die Komplexität der Materie und die zu bedenkenden Folgewirkungen für die Umwelt erfordern es, dass sowohl die Öffentlichkeit als auch die Landwirte umfassende und eindeutige Informationen über Vorteile und Risiken von GVO's, für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt, erhalten.

**2. Die Vielfalt der bäuerlichen Wirtschaftsformen ist ein Wert, den es in jedem Fall zu erhalten gilt.**

Kleinbäuerliche Produktionsweisen, vor allem landwirtschaftliche Subsistenzsysteme, die der lokalen Ernährungssicherung dienen, dürfen im Zuge der Einführung neuer Agrartechniken nicht verdrängt werden. Andernfalls würden sich die Probleme von Hunger und Landflucht weiter verschärfen. Die Grüne Gentechnik kann allerdings dieser Entwicklung weiter Vorschub leisten, da sie tendenziell eher auf agroindustrielle Wirtschaftsformen landwirtschaftlicher Großbetriebe ausgerichtet ist. Dem Erhalt der Überlebensfähigkeit kleinbäuerlicher Produktionssysteme fällt daher eine zentrale Bedeutung zu. Eine Entwicklung wie in Argentinien, wo im Zuge der Einführung der Gentechnologie ganze Regionen inzwischen agrarindustrialisiert sind, gilt es im Interesse der ländlichen Entwicklung mit kleinbäuerlicher Bewirtschaftung unbedingt zu vermeiden.

**3. Die Regierungen sind die entscheidenden Akteure in der Auseinandersetzung um die Einführung von GVO's.**

Sie haben daher die Pflicht, Informationen bereit zu halten, falls notwendig regulierend einzugreifen, zu forschen und den Prozess der Auseinandersetzung, um die Gentechnik voran zu treiben. Die Untätigkeit von Regierungen kann zu unkontrollierter Verbreitung der grünen Gentechnik führen und damit unumkehrbare negative Folgen nach sich ziehen. Für den Fall, dass eine Regierung aus Gründen fehlender Kapazitäten nicht in der Lage ist, den Prozess der Implementierung von GVO's zu begleiten und zu steuern, sollten die internationale Gemeinschaft und Bauernorganisationen auf allen Ebenen Unterstützung gewähren.



4. **Die Gesetzgebung ist aufgefordert, Kriterien auszuarbeiten, anhand derer sich die Auswirkungen von GVO's auf die ökologischen Prozesse sowie insbesondere auf die unterschiedlichen bäuerlichen Produktionssysteme überprüfen lassen.**

Diese Kriterien sind jeweils für einzelne Prozesse und Entwicklungen festzulegen. Die Ausgestaltung und Förderung von gentechnologischen Forschungsvorhaben sollten zudem international begleitet werden.

5. **Es ist ein kritisches Bewusstsein in Nord und Süd, über Erfolge und Misserfolge der GVO's zur Sicherung der Nahrungsgrundlage und zur Armutsreduzierung zu schaffen.**

Bauernorganisationen und ländliche Verbände können dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Organisationen sind insbesondere in ihrem internationalen Austausch zu stärken, um ihnen im Entscheidungsprozess um die Einführung von GVO's eine Stimme zu geben, die sie befähigt ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten.

6. **Es bedarf schließlich einer stärkeren Kontrolle und Aufklärung über die Auswirkungen der Einführung der Terminator- Technologie bei GVO's.**

Bauernorganisationen im Norden wie im Süden sollten gemeinsam den Prozess zur Etablierung eines weltweit geltenden Qualitätssiegels „Bäuerliche Landwirtschaft“ vorantreiben.

*Schmochtitz, den 29. April 2006*